

Frage 1:

*Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfrage_n/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>). In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).*

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Ein Coming-out ist eine höchstpersönliche Angelegenheit. Wann man es macht und wem gegenüber entscheiden die Menschen, die es angeht selbst aus von ihnen selbst gewählten Gründen. Auch die Entscheidung, ihren gesellschaftlichen Status oder ihre Profession zu nutzen, um mit einem Coming-out als Vorbild voranzugehen, treffen sie selbst. Mit unserer Politik in Hamburg tragen wir dazu bei, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen – sei es in Schulen, in Behörden, im Sport – die ausreichende Sensibilität für einen zugewandten und diskriminierungsfreien Umgang mit Coming-outs gleich welcher Art geschaffen wird. Städtisches Personal unterstützen wir dabei beispielsweise mit Schulungs- und Beratungsangeboten. Ein offenes und aufgeklärtes gesellschaftliches Umfeld ist die Grundvoraussetzung für ein Coming-out, das sich für niemanden nachteilig auswirkt. Für betroffene Menschen selbst halten wir bereits in Schulen Beratungsangebote bereit, die sie vertrauensvoll in Anspruch nehmen können. Im Unterricht selbst bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte, um das Thema Coming-out einzubinden. Entsprechendes Unterrichtsmaterial steht beispielsweise über das LI zur Verfügung.

Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

Ja.

Frage 2:

*Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).*

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Untersuchungen und Erfahrungen zeigen, dass ein Großteil der homo- und bisexuellen Jugendlichen sich nicht in der Schule outen, da sie dort auch heute noch mit Ausgrenzung rechnen. Sie berichten, dass ihr Begehren oft nicht ernst genommen und als Ausprobieren in der Pubertät oder als Folge von schlechten Erfahrungen interpretiert wird. Dabei ist uns bewusst, dass nicht jedes Coming-out gleich ist, sondern je nach Akzeptanz in der Gesellschaft oder dem unmittelbaren sozialen Umfeld nach wie vor unterschiedlich aufgenommen werden kann. Wichtig für uns ist, dass die gesamte Spannweite von Vielfalt geschlechtlicher Identitäten sowie Homo- und Bisexualität als Querschnittsthemen beispielsweise in den Schulen im Unterricht dort, wo es sich anbietet, aufgegriffen wird. Für bestehende Beratungsangebote beispielsweise in Schulen wird durch Fortbildungen und Fachveranstaltungen für die Fachkräfte darauf hingearbeitet, dass ihnen die Unterschiede der Coming-outs und die damit verbundenen denkbaren unterschiedlichen Diskriminierungsmechanismen bekannt sind und sie entsprechend sensibel und lösungsorientiert zu Gunsten der Ratsuchenden damit umgehen können. Außerhalb der Schule bestehen mit dem MHC und dem Junglesbenzentrum (JuLe) des Vereins Intervention e.V. zwei Einrichtungen, die sich explizit an lesbische, schwule, bisexuelle, trans* oder an solche Jugendliche richten, die sich ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität (noch) nicht sicher sind. Soweit die Evaluation des Landesaktionsplans zeigt, dass es angemessen ist, die Belange bisexueller Menschen schärfer in den Blick zu nehmen, werden wir dafür Sorge tragen, dass dieser Aspekt in der Fortschreibung entsprechend sichtbar und mit entsprechenden Maßnahmen begleitet wird. Diese Thematik sollte dann im Rahmen des hierzu bestehenden Runden Tisches vertieft erörtert und einer Lösung zugeführt werden.

Frage 3:

*Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).*

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

In Hamburg gibt es seit 2017 den „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (<https://www.hamburg.de/zusammenhalt/10021120/akzeptanz-vielfalt/>).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Eine aufklärerische Auseinandersetzung mit Trans* und Inter* sowie Homo- und Bisexualität sind wichtige Bestandteile interkulturellen Bildung oder auch der Mobbingprävention und -intervention. Ebenso eignen sich diese Themen zur Umsetzung demokratiepädagogischer Konzepte zur Vielfalt, in dem dort das Thema sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt aufgegriffen wird. Das Thema Bisexualität spielt dort ebenso eine Rolle wie Homosexualität. Sollten die derzeitigen Konzepte und Materialien, die beispielsweise beim LI hinterlegt sind, nicht ausreichend oder verbesserungswürdig sein, können wir uns vorstellen beispielsweise mit den Verantwortlichen des Projekts Soorum ins Gespräch zu kommen, um entsprechende Nachbesserungen anzuregen. Die weitere Förderung und den Ausbau dieses wichtigen Angebots haben wir bereits beschlossen.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Grundsätzlich ist jede*r frei darin, seine eigenen Überzeugungen und Meinungen zu haben und auch an entsprechenden Versammlungen teilzunehmen. Gemäß § 2 des Hamburgischen Schulgesetzes haben die Schulen die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten.

Dieser Bildungsauftrag wird an den Hamburgischen Schulen in allen Unterrichtsfächern umgesetzt. Den oben beschriebenen Bildungsauftrag berücksichtigen wir dem Kern nach auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Auch dort geht es uns darum, dass die Themen geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung bzw. LSBTI*-Kinder und -Jugendliche in den Konzepten aller Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt werden. Der bewusste, selbstverständliche und sensible Umgang mit sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt, stützt eine tolerante und aufgeklärte Haltung. Bildung ist für uns der beste Schutz vor reaktionären, diskriminierenden und unaufgeklärten Parolen.

Frage 5:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:
https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

- a) **Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Hamburg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**
- b) **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge am Rathaus oder einer Behörde gehisst wird? Welche?**

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Wir sind für viele Aktionen offen, die für eine offene und tolerante Gesellschaft stehen. Auch das Hissen von Flaggen an besonderen Tagen gehört dazu. Inzwischen haben verschiedene sexuelle Orientierungen ihre eigenen Flaggen. Die Regenbogenflagge hat den Vorteil, symbolisch für geschlechtliche Vielfalt und sämtliche sexuellen Orientierungen zu stehen. Den Hinweis, dass in unseren Reden und Veröffentlichungen neben Homosexuellen auch Bisexuelle selbstverständlich benannt werden sollen, nehmen wir gern an und beachten ihn bei der Formulierung von Reden und Anträgen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

Dieses Jahr ist nicht nur das Jubiläum „40 Jahre CSD Hamburg“, sondern auch „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2020 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in die Hamburger Bürgerschaft einbringen?

Das können wir zum derzeitigen Zeitpunkt so noch nicht beantworten. Wir können uns aber gut vorstellen, im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jubiläum des CSD, dem Thema Bisexualität einen angemessenen Raum zu geben.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Die Evaluation zum Landesaktionsplan könnte Rückschlüsse darauf geben, wo es Lücken im Bereich der Erkenntnisse über Bisexualität gibt. Im Rahmen des Fortschreibungsprozesses können wir dann beraten, ob wir geeignete Forschungsmaßnahmen auf den Weg bringen. Vorab müssten wir uns hierzu auch mit geeigneten universitären Einrichtungen beraten. Soweit Forschungsergebnisse vorliegen, haben die Abgeordneten in der Bürgerschaft

beispielsweise die Möglichkeit, diese in Ausschüssen zu beraten. Für uns selbst sind Studien und Forschungsarbeiten ein wichtiger Baustein der politischen Meinungsfindung.

Frage 8:

*Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich***

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/quenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Gewählte Politiker*innen in Landtagen und im Bundestag genießen Immunität und Indemnität. Das macht eine denkbare Strafverfolgung von Aussagen, die im Rahmen von Parlamentsdebatten getätigt werden aber auch solcher, die außerhalb des Parlaments erfolgen, schwierig. Dort wo es erfolgversprechend ist, setzen wir uns jedoch im Fall des Verdachts von Straftaten für die Aufhebung der Immunität der betroffenen Politiker*innen ein, um eine strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen. Soweit es sich um Politiker*innen handelt, die ohne Mandat agieren, kann gegen sie Anzeige erhoben werden wegen etwaiger Äußerungen, Tötlichkeiten etc. Um Strafverfolgung an dieser Stelle effizienter zu machen, können wir uns vorstellen, besonders schwerwiegende Formen von Beleidigung nicht mehr nur als Privatklagedelikt, sondern als Officialdelikt auszugestalten, so dass die Staatsanwaltschaft immer vom Amtswegen ermitteln muss.

Frage 9:

*Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.*

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Uns ist wichtig, dass alle Straftaten mit LSBTI-Bezug konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Im Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt der Stadt Hamburg finden sich hierzu wichtige Hinweise. Die Straftaten, um die es im Kern geht, sind der Hasskriminalität zuzurechnen, die der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet wird. Diese Straftaten werden heutzutage oft auch im Internet begangen. Insbesondere dafür werden wir Schwerpunkte bei der Staatsanwaltschaft einrichten. Zwischen der Polizei und LSBTI*-Interessenvertretungen gibt es zudem einen institutionalisierten Austausch, der dazu dienen soll für das Thema zu sensibilisieren und das Anzeigeverhalten zu erhöhen. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat zudem einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem Hass und Hetze insbesondere im Internet konsequenter verfolgt werden sollen. Auch hiervon versprechen wir uns ein effizienteres Vorgehen im Fall von Straftaten mit LSBTI*-Bezug. Sicherlich ist es lohnenswert, dass wir uns mit dem Berliner Ansatz, LSBT*-Delikte eigenständig bei der Staatsanwaltschaft zu erfassen, bei passender Gelegenheit auseinandersetzen. Bei der Hamburger Polizei haben wir für diese Straftaten eine eigene Ansprechperson und damit auch in diesem Bereich für Verbesserung gesorgt.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden *bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.*

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Die im Jahr 2017 erfolgte Aktualisierung der Hämotherapierichtlinie begrüßen wir sehr. Unsere Abgeordneten in der Bürgerschaft haben sich insbesondere dafür eingesetzt, dass es zu dieser Aktualisierung kommt mit einem Antrag (Drs. 21/10876), auf den die Behörde für Gesundheit- und Verbraucherschutz auch entsprechend reagiert hat (Drs. 21/14543). Die Neufassung der Richtlinie stellt klar, dass eine Rückstellung von der Blutspende auf sexuellem Verhalten und nicht auf sexueller Orientierung beruht. Darüber hinaus konnten wir so einen Prozess anstoßen, der es der Behörde für Gesundheit- und Verbraucherschutz erlaubt, den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt aufmerksam zu verfolgen und sich neben sicheren auch für diskriminierungsfrei ausgestaltete Kriterien und Zeiträume bei der Blutspende einzusetzen.

Frage 11:

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine fortschrittliche Form des Transsexuellengesetzes ein, um die Rechte von Transsexuellen besser zu schützen und Diskriminierungen abzubauen. Der im Mai 2019 vorgelegte erste Gesetzentwurf der Bundesregierung wird nun nochmals überarbeitet, nachdem Verbände und Betroffene Kritik geäußert hatten. Wir wollen hier eine Debatte, an deren Ende ein Gesetzentwurf steht, der unserer offenen und aufgeklärten Gesellschaft angemessen ist.

Frage 12:

Auch heute werden noch **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert oder wie manche sagen „**genitalverstümmelt**“: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Wir setzen uns dafür ein, geschlechtsangleichende Operationen bei intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten, es sei denn sie sind medizinisch unaufschiebbar und dienen der Abwehr von Lebensgefahr.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>).*

Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Ja, wir setzen uns im Bundesrat für eine Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG ein. Diskriminierungen aufgrund von sexueller und geschlechtlicher Identität sollen ausdrücklich ausgeschlossen werden.

Frage 14:

*Die Grünen haben ein Gutachten für ein **Regenbogenhaus** erstellt (<https://www.farid-mueller.de/2019/12/zum-nachlesen-gutachten-zu-einem-regenbogenhaus-fuer-hamburg/>).*

Bis wann wird das Projekt umgesetzt? Werden Bisexuelle dabei mitberücksichtigt?

Nicht-Grüne: Unterstützen Sie dieses Projekt oder was planen Sie stattdessen?

Grundsätzlich sind wir an vielen Ideen, die für eine bessere Sichtbarkeit von LSBTI* in der Öffentlichkeit sorgen, interessiert.

Frage 15:

*Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Dennoch scheinen sie der Partei alles durchgehen zu lassen – von zutiefst **menschenrechtsfeindlichen Äußerungen** (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu **AfD-Denunziationsplattformen** zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>). Während in Mecklenburg-Vorpommern jenes Portal nach wenigen Tagen verboten wurde, folgt der Schulsenator Ties Rabe (SPD) den Forderungen der AfD und reagiert unverhältnismäßig (vgl. <https://taz.de/Kommentar-Sticker-an-Ida-Ehre-Schule/!5579476/>).*

Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

Wann und wie werden Sie dafür sorgen, dass das Denunziationsportal verboten wird? Oder warum lassen Sie solche Formen bestehen, die es zuletzt im Dritten Reich in Hamburg gegeben hat?

Wir halten die konsequente Umsetzung unseres demokratischen Bildungsauftrags für sinnvoller, als das Verbot eines Portals, das den Urheber wiederum die mediale Aufmerksamkeit gibt, um sich als Opfer zu inszenieren. Vgl. dazu auch die Antwort auf Frage 4.

Frage 16:

*Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.*

Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen?

Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

Wissenschaftliche Erkenntnisse spielen insgesamt eine wichtige Rolle in der Politik der SPD. Die wissenschaftlichen Studien zum Klimawandel sind daher auch im Bereich der Klimapolitik der zentrale Orientierungspunkt. Die SPD Hamburg verfolgt dabei eine Klimapolitik, die alle mitnimmt und somit Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander verbindet. Im Klimagesetz ist in § 2 (4) verankert, dass beim Erreichen der Ziele der Klimapolitik Sozialverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen sind. Dieser Gedanke zieht sich durch den gesamten Klimaplan.

Ausdrucks unserer Sichtweise, wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage für politische Entscheidungen heranzuziehen, ist auch die Einrichtung des Klimabeirates, dessen wissenschaftliche Expertise die Hamburger Politik beim Erreichen ihrer Klimaziele unterstützen soll und den Senat insbesondere bei der Umsetzung des Klimaplans beraten soll (vgl. § 7 KlimaschG). Letztlich ist es die Aufgabe der Politik, aus den Erkenntnissen aus verschiedenen Bereichen, verbindliche Entscheidungen zu treffen. Bei diesen Entscheidungen werden wir immer die ganze Stadt im Blick haben.

Klimapolitik hat schon seit langer Zeit einen sehr hohen Stellenwert für uns. Der erste Masterplan Klimaschutz wurde schon 2013 von der SPD Hamburg verabschiedet, 2015 gab es einen ersten Klimaplan, der jetzt an die neuen Erkenntnisse angepasst wird. Daran lässt sich erkennen, dass wir seit der Regierungsübernahme 2011 in Hamburg den Grundstein für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik legen, indem wir die Verkehrswende eingeleitet, Unternehmen der Erneuerbaren Energien nach Hamburg geholt und gemeinsam mit der Industrie den Weg in eine klimafreundliche Produktion vorangebracht haben. Wir haben darüber hinaus die Ausweitung des Landstroms im Hafen, die Förderung von Gründächern und Maßnahmen zum Ausbau der Windenergie im Stadtgebiet und im Hafen auf den Weg gebracht. Seit 2012 haben wir die CO₂-Emissionen in Hamburg jedes Jahr verringert. Darauf wollen wir aufbauen und schrittweise in allen Bereichen Klimaneutralität bis 2050 erreichen.

Die hohe Bedeutung der Klimapolitik lässt auch aus dem neuen Klimaplan und dem neuen Klimaschutzgesetz ablesen. Hiermit übernimmt Hamburg bundesweit eine Vorreiterrolle.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Wir danken Ihnen für Ihre Fragen.